



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und  
Sauberkeit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 16.01.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit  
am Dienstag, 22. Januar 2013, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.12.2012
2. **13-F-03-0001**

Lärmaktionsplan Erbenheimer Flughafen  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2013

„Bierstadt und ganz besonders der Bierstädter Süden sind nicht nur von gleich drei Frankfurter Flugrouten bei Westwind und einer bei Ostwind betroffen, sondern zunehmend auch von den Trainingsflügen der US-Airbase in Erbenheim,“ so der Wiesbadener Kurier in seiner Ausgabe vom 16.01.2012. Laut Pressesprecherin der US-Streitkräfte sei die genaue Anzahl der zukünftigen Flugbewegungen auf dem Flugplatz Erbenheim zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt. Es sei davon auszugehen, „dass sich die Anzahl erhöhen wird, wenn das Hauptquartier der US-Landstreitkräfte hierher umzieht“.

Mit der für das laufende Jahr geplanten Verlagerung des kompletten europäischen Hauptquartiers der US-Armee (USAREUR) von Heidelberg nach Wiesbaden und der zusätzlichen Statio-

nierung von weiteren Kampfhubschraubern vom TYP UH 60 von den Coleman Barracks in Mannheim wird sich nach Informationen der GRÜNEN die Zahl der Flugbewegungen auf dem US Armeeflughafen in Wiesbaden-Erbenheim annähernd verdoppeln. Bislang wurden im Jahresdurchschnitt 8.000 bis 10.000 Flugbewegungen auf dem Army Airfield abgewickelt. Zukünftig sollen es bis zu 22.000 Flugbewegungen im Jahr sein.

Angesichts der hierdurch absehbaren zusätzlichen Beeinträchtigungen für die östlichen und südlichen Ortsbezirke erachtet es die GRÜNE Fraktion als zwingend erforderlich die vom Militärflugplatz Erbenheim ausgehenden Lärmbelastungen zu berechnen, in einer Lärmkarte darzustellen und einen Lärmaktionsplan zum Schutz der Bevölkerung zu erarbeiten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1.eine Untersuchung in Auftrag zu geben, die

a)die aktuell bestehende und künftig zu erwartende Belastung für die vom Fluglärm der US-Airbase in Erbenheim betroffenen Ortsbezirke darstellt,

b)diese Lärmbelastungen getrennt nach Tag und Nacht aufzeigt und

c)die Ergebnisse in einer Lärmkarte präsentiert.

2.auf Grundlage dieser Daten eine Bewertung der Lärmsituation vorzunehmen und daraus einen Lärmaktionsplan zu entwickeln.

### 3. 13-F-33-0001

Streuobstwiesen in Wiesbaden

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 14.01.2013 -

In den vergangenen Jahren kam es in Wiesbaden immer wieder zu Konflikten zwischen dem Erwerbsobstbau und der Pflege von Streuobstwiesen.

*Der Ausschuss wolle beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten, einen Überblick über die derzeitige Situation in puncto Streuobstwiesen in Wiesbaden zu geben und dabei auf die Konflikte zwischen Naturschutz und Erwerbsobstbau unter besonderer Berücksichtigung der konkreten Probleme im Ortsteil Frauenstein einzugehen.

### 4. 13-F-08-0010

Nutzung eines kostenlosen ÖPNV

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.01.2013

Fehlende Fahrradwege, volle Straßen, Verspätungen im ÖPNV.

Die Diskussion um Umweltzone, Luftbelastung und Lärm in Wiesbaden hat gezeigt, dass neue Wege gegangen werden müssen.

Unsere Vision: Emissionsarme Innenstadt durch Attraktivitätssteigerung des ÖPNVs.

Andere Städte haben es vorgemacht. ÖPNV zum Nulltarif trägt bedeutend besser zur Klimaverbesserung einer Stadt bei als eine Umweltzone, die spritfressenden Benzin-SUVs den Zutritt zur Innenstadt weiterhin erlaubt.

Attraktive Angebote bringen mehr als Verbote.

Hasselt, um eine Beispielstadt zu nennen, hat gezeigt, dass die Umsetzung eines kostenlosen ÖPNVs viele Vorteile hätte:

- Weniger Autoverkehr und damit auch nominell weniger angemeldete Fahrzeuge
- Weniger Unfälle mit Radfahren und Fußgängern
- Rapide Steigerung der Fahrgastzahlen
- Geringere Umweltbelastung
- Bessere Parkplatzsituation in den Innenstadtvierteln
- Geringere Gefahr für Busfahrerinnen und Busfahrer
- Steigende Besucherzahlen und Umsatzzahlen in den Innenstadtgeschäften
- Weniger Lärmbelastung
- Mehr Platz für Fahrradwege und damit noch weitere Reduzierung des Autoverkehrs
- Höhere Pünktlichkeit des ÖPNVs durch freiere Straßen
- Rückbau von Straßen, Anlage von Spielstraßen oder gar eine „autofreie Innenstadt“ wären denkbar

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

Mit welcher Steigerung der Fahrgastzahlen zu rechnen wäre, wenn der ÖPNV im Stadtgebiet kostenlos angeboten würde

Mit welchen Ausbaumaßnahmen ein solcher Zuwachs aufzufangen wäre

•Wie viel Geld in den Haushalt einzustellen wäre um diese Maßnahme umzusetzen.

## 5. 12-F-03-0161

Einrichtung eines Akteneinsichtnahmeausschusses zur Klärung der Vorgänge rund um das Regionalparkprojekt Rathenauplatz/Alexander-Patch-Brücke in Kastel

hier: Ergebnis der Akteneinsicht

## 6. 12-F-33-0107

Risikoanalyse Überflug Industriepark InfraServ

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0167 vom 18.09.2012

Bericht des Magistrats

### ANLAGE

## 7. 13-A-51-0001

Baumfällungen auf der Petersaue

Sachstandsbericht

**8. 12-F-03-0165**

Aufnahme des Punktes „Umweltauswirkungen“ in den Sitzungsvorlagen  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2012  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0220 vom 04.12.2012

**ANLAGE**

**9. 12-F-03-0094**

Energiemix für Wiesbaden 2020 - GuD-Kraftwerk Ingelheimer Aue  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0223 , Ziffer 2 vom  
04.12.2012 (Stellung von Fragen in der nächsten Sitzung)

**ANLAGE**

**9.1. Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2013**

Am 21. August 2012 hat der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit den Antrag „Energiemix für Wiesbaden 2020 - GuD-Kraftwerk Ingelheimer Aue“ beschlossen:  
„ Der Magistrat wird gebeten, ESWE zur Vorlage eines Berichtes zur Perspektive einer sicheren Energieversorgung bis zum Jahr 2020 für das Wiesbadener Stadtgebiet aufzufordern, in dem u.a. die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Inbetriebnahme des GuD-Kraftwerks bzw. die Alternativen bei Nichtinbetriebnahme dargestellt werden.“

In dem hierzu am 5. November 2012 vorgelegten schriftlichen Bericht des Magistrats wird die Perspektive einer sicheren Energieversorgung jedoch nicht ausreichend dargestellt. Es wird lediglich darauf verwiesen, wie das 20%-Ziel regenerativer Stromerzeugung erreicht werden soll. Darüber hinaus wird ausgesagt, dass die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG vor dem derzeitigen energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Hintergrund den Bau einer GuD-Anlage in der Größenklasse 400 MW nicht empfehlen kann.

Offen bleibt die zentrale Frage, wie unter diesen Bedingungen die Energieversorgung mittel- und langfristig sichergestellt werden soll.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Maßnahmen die Unternehmen ESWE und KMW getroffen haben, um kurzfristigen möglichen Stromausfällen vorzubeugen.

**10. 12-V-66-0229**

**DL 01/13-7**

Öffentliche Straßenbeleuchtung - Austausch von Quecksilberdampfleuchten gegen energiesparende Leuchten

**10.1 12-F-33-0100**

Beleuchtung der Stadt Wiesbaden  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 00163 vom 18.09.2012

**ANLAGE**

**11. 12-F-03-0095**

Kfz-Schein als Fahrkarte - Aktion zum "Verkehrswendefest"  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 00136 vom 21.08.2012

**ANLAGE**-->Bericht des Magistrats

**12. 12-V-61-0046**

**DL 02/13-6**

Änderung des Flächennutzungsplanes im Planbereich "Kureck - Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost - Feststellungsbeschluss

**13 12-V-61-0048**

**DL 03/13-4**

Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes "Sportanlage Amöneburg" im Ortsbezirk Mainz-Amöneburg - Satzungsbeschluss -

**14. Verschiedenes**

## **Tagesordnung II**

**1. 12-V-70-0010**

**DL 02/13-9, 48/12-8**

Gebührenbedarfsrechnung für den Bereich Abwasser

**2. 12-V-36-0031**

**DL 02/13-2 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.11.2012

**3. 12-V-70-0008**

**DL 48/12-7**

Deponie Dyckerhoffbruch: Planung Deponieabschnitt III/4

4. **12-V-36-0030** **DL 01/13-4**  
Zusätzliche Schallschutzwände A 643
5. **12-V-07-0021** **DL 01/13-2**  
Umsetzung Konzept Zentrale Hotline Sauberkeit
6. **12-V-70-0007** **DL 48/12-6**  
Überarbeiteter Wirtschaftsplan 2013
7. **12-V-67-0006** **DL 01/13-8**  
Eröffnung des Bestattungswaldes und neue Grabarten auf den Friedhöfen der Landeshauptstadt Wiesbaden
8. **12-F-33-0101**  
Atemschutzmasken für städtische Mitarbeiter  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0171 vom 18.09.2012  
**ANLAGE** - Bericht des Magistrats
9. **12-F-05-0011**  
Bekämpfung illegaler Farbschmierereien - Wiesbadener Modell zum Umgang mit illegalen Farbschmierereien  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0215 vom 04.12.2012  
**ANLAGE** --> Bericht des Magistrats

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen  
Vorsitzender